



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 26.05.2026**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:29 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt, Vorsitzende
Iris Frühling
Andreas Heinrich
Udo Nistripke

Dr. Christoph Bergner

Guido Haak
Thomas Schied
Katharina Kohl
Sarah Labusga
Yvonne Krause

Marcel Funk
Ines Härtling
Andreas Hemming

Frederike Horn
Sabrina Otto
Claudia Rohrbach
Martin Thiele

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
Vertretung für Herrn Schöder
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
Vertretung für Herrn Riedel,
anwesend ab 16.32 Uhr
CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Volt/MitBürger
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale)
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner,
anwesend ab 16.35 Uhr
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow
Jan Kulka
Sabine Ernst
Frank Lange
Sophia Waldowski

Beigeordnete Bildung und Soziales
Führungsunterstützer GB IV
Leiterin Fachbereich Soziales
Amtstierarzt
stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Olaf Schöder
Jan Riedel
Dr. Annette Kreuzfeldt
Johannes Luppe
Ina Schneegans
Olga Tidde

AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Haupt** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt sagte, dass der TOP 7.1, Bericht Trägerversammlung FamBeFöG, in den Juni vertagt wird. Sie machte auf eine neue Mitteilung aufmerksam: TOP 7.4, Sachstand der Umsetzung der Lernförder-Richtlinie im Kontext Bildung und Teilhabe (BuT).

Herr Schied stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung des TOP 6.2, Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER und der CDU-Stadtratsfraktion: Platzfrieden am August-Bebel-Platz und am Landesmuseum, Vorlage: VIII/2026/02434, da der Ausschuss nach seiner Meinung nach dafür nicht zuständig ist. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt (*7 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen*).

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2026
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Clusterbildung bei Integrationsbegleitern nach § 35a SGB VIII, Vorlage: VIII/2026/02601
7. Mitteilungen
- 7.2. Mitteilung: Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielraum – Mindeststandards im Rahmen der Haushaltskonsolidierung
- 7.3. Jahresplanung 2026, Vorlage: VIII/2026/02665
- 7.4. Sachstand der Umsetzung der Lernförder-Richtlinie im Kontext Bildung und Teilhabe (BuT), Vorlage: VIII/2026/02711
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2026
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2026

Es lag keine Niederschrift zur Bestätigung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es gab keine Beschlussvorlagen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Clusterbildung bei Integrationsbegleitern nach § 35a SGB VIII Vorlage: VIII/2026/02601

Herr Haak führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Frau Brederlow sagte, dass der Antrag im Jugendhilfeausschuss vertagt wurde, da noch ein paar Fragen offen blieben. Die Verwaltung arbeitet derzeit an einem Pool-Modell, welches die Möglichkeiten eröffnen soll, die Klassenzimmer und auch die Kinder zu entlasten. Der Nachteil an dem jetzigen Modell ist, dass das in vielen Horten nicht mehr stattfindet, da der Integrationshelfer nur für die Zeit in der Schule anwesend ist. Der Ganzttag sollte in den Blick genommen werden. Die Verwaltung befürwortet den Auftrag, ein entsprechendes Modell, gemeinsam mit den Trägern der Jugendhilfe, zu entwickeln. Damit soll die Situation in den Klassen entspannt werden und dem Thema Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Sie sagte, dass die Diskussionen dazu bundesweit geführt werden.

Frau Krause sagte, wenn es eine Pool-Lösung gibt, sollte diese auch Krankheitsvertretungen mit einbeziehen. Sie fragte, wie mit kurzfristigen Ausfällen von Fachkräften aufgrund von Krankheit umgegangen werden kann.

Herr Nistripke sagte, dass ihm das Thema mit den Krankheitsvertretungen auch wichtig ist.

Frau Labusga fragte zum Verständnis, ob nur Kinder nach §35a betroffen sind. Sie sagte, dass es derzeit ein laufendes Pilotprojekt gibt und fragte nach dem Unterschied zum aktuell angedachten Modell. Ihr ist der Mehrwert des Antrages nicht klar, wenn derzeit schon ein Modellprojekt läuft.

Frau Brederlow sagte, dass man nur für den §35a die eigene Handlungsmöglichkeit hat. Das SGB IX läuft weiterhin über Beantragungen und Bewilligung über den Fachbereich Soziales beziehungsweise über die Sozialagentur. Die aktuelle Haushaltskonsolidierung betrifft auch die Pool-Lösung nach §35a – insbesondere für seelisch beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler. Als Pilotprojekt wurde hierfür die Salzmann-Schule ausgewählt. Der Antrag wird so verstanden, dass das ausgeweitet werden kann. Sie sagte, dass es Sinn macht, solche Lösungen zu entwickeln, da die Reform des SGB VIII ansteht, in der die Jugendhilfe für alle behinderten Kinder und Jugendlichen zuständig sein wird, geplant ab 2028.

Herr Hemming fragte, wie viele Schülerinnen und Schüler beziehungsweise Klassen davon betroffen wären.

Frau Brederlow sagte, dass die Frage im kommenden Jugendhilfeausschuss beantwortet werden soll.

Frau Haupt sagte, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird. Sie geht davon aus, dass Kinder nach §35a das Recht haben, diese Betreuung zu erhalten und speziell bei seelisch erkrankten Kindern ist es wichtig, die Betreuungsperson zu haben. Die Kinder müssten sich gegebenenfalls umstellen. Sie sagte, dass das Lehrer aus den Arbeitskreisen ihrer Fraktion das Thema nicht als belastend empfunden haben, dass derzeit so gearbeitet wird.

Frau Brederlow sagte, dass sie auch andere Meinungen vom Lehrpersonal kennt.

Herr Heinrich fragte zum Verständnis, ob der Antrag im Großen und Ganzen erledigt ist, die rechtliche Lage abzuwarten ist, weil kurzfristige Änderungen anstehen und dass die Kassenlage eigene Experimente nicht zulässt.

Frau Brederlow sagte, dass es in die Haushaltskonsolidierung eingebracht wurde, weil die Kassenlage so ist wie sie ist. Es würde auch eine Reduzierung der Kosten unterstellt werden können. Die Gesetzesänderung ist vorgesehen. Es liegt bereits ein Referentenentwurf vor. Nach ihrer Ansicht hat sich das Thema noch nicht erledigt.

Frau Krause stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung. Sie willigte ein, dass Frau Härtling noch ihren Redebeitrag hält.

Frau Härtling fragte, wie lange die Laufzeit des Projektes sein soll und in welchen Abständen evaluiert werden soll.

Frau Brederlow sagte, dass das Modellprojekt im neuen Schuljahr beginnen soll, also ab August 2026. Es soll nach einem Schuljahr resümiert werden.

Frau Härtling fragte, ob auch bei den Kindern und Eltern evaluiert wird.

Frau Brederlow bestätigte das.

Dem Geschäftsordnungsantrag von **Frau Krause** auf Vertagung wurde einstimmig zugestimmt (7 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen).

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung Halle (Saale), ein Modell zur geclusterten Integrationsbegleitung an Schulen zu entwickeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.2 Mitteilung: Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielraum – Mindeststandards im Rahmen der Haushaltskonsolidierung

Frau Ernst informierte über die Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielraum und Mindeststandards im Rahmen der Haushaltskonsolidierung.

Die Präsentation wurde nachträglich im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Labusga fragte, ob die Präsentation im Ratsinformationssystem hinterlegt werden kann.

Frau Ernst bejahte das. Sie sagte, dass das Thema künftig kontinuierlich im Rahmen der Ausschusssitzungen aufgegriffen wird. Die Informationen heute bilden dafür die Grundlage.

Herr Dr. Bergner sagte, das Konzept, die Förderrichtlinie an die aktuellen Erfordernisse anzupassen, erscheint plausibel. Da der Vorschlag für die überarbeitete Richtlinie im vierten Quartal vorliegen soll, stellt sich die Frage, ob diese nicht Teil des geforderten Konsolidierungsprogramms sein muss. Er ist sich nicht sicher, wann genau das Konsolidierungskonzept benötigt wird, und bat um Aufklärung.

Frau Brederlow sagte, das Konsolidierungskonzept muss bis zur Haushaltseinbringung vorliegen und wird Teil des Haushaltskonsolidierungskonzepts sein. Da die überarbeitete Förderrichtlinie erst zum Jahresende beschlossen wird und frühestens 2028 in Kraft tritt, basieren die aktuellen Entscheidungen noch auf der bestehenden Richtlinie. Die neuen qualitativen Anforderungen, die in der überarbeiteten Förderrichtlinie definiert werden, werden jedoch in den Folgejahren zu Veränderungen in der Angebotslandschaft führen.

Herr Dr. Bergner fragte zum Verständnis, ob das bedeutet, dass die neuen Regelungen erst ab 2028 wirksam werden, da die Antragstellung für 2027 noch nach der aktuellen Förderrichtlinie läuft. Er möchte sicherstellen, dass das Landesverwaltungsamt bzw. die Kommunalaufsicht diesen zeitlichen Ablauf akzeptiert.

Frau Brederlow sagte, man wurde aufgefordert, die Haushaltskonsolidierung über neun Jahre – beginnend mit 2026 – umzusetzen. Dabei wird es einzelne Jahresscheiben geben, wobei einige Maßnahmen bereits jetzt laufen und in den kommenden Jahren schrittweise erweitert werden müssen. Diese Maßnahmen werden dann später im Konsolidierungsprozess ihre Wirkung entfalten.

Frau Haupt fragte, wie mit den zusätzlichen Kontrollen und Anforderungen umgegangen wird, insbesondere im Hinblick auf die Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben, wie zum Beispiel dem FamBeFöG. Da diese Aufgaben durch Vereine oder Dritte erbracht werden, besteht die Sorge, dass steigende Kosten – etwa durch Tariflöhne – dazu führen könnten, dass Vereine die Anforderungen nicht mehr erfüllen können. Dadurch könnten Leistungen an die Stadt zurückgehen, was bereits jetzt teilweise zu beobachten ist. Es stellt sich die Frage, ob dies einkalkuliert ist und wie damit umgegangen werden soll.

Frau Ernst sagte, dass aktuell verschiedene Möglichkeiten geprüft werden und eine Entscheidung noch nicht getroffen wurde. Sie wies darauf hin, dass bereits neue Kriterien zur qualitativen Bewertung berücksichtigt wurden. Darüber hinaus sind auch Gespräche mit den Trägern geplant. Sie wird regelmäßig über den Fortgang informieren. Die Mitteilung im Ausschuss heute dient als Auftakt.

Frau Rohrbach fragte, ob es bereits konkrete Vorstellungen oder Ansätze gibt, in welche Richtung sich die Stadt bewegt – etwa durch bewährte Methoden anderer Kommunen oder Standards wie ISO 9001. Sie fragte, ob man bereits erste Einblicke geben könnte, welche Überlegungen oder Konzepte konkret im Blick sind.

Frau Ernst sagte, dass zum Beispiel die Ausschreibung von Leistungen eine Option ist. Diese ist mit Vor- und Nachteilen verbunden und muss daher sorgfältig abgewogen werden. Im Rahmen der Förderrichtlinie ist zudem zu prüfen, welche Kennzahlen zur Erfassung der Qualität von Leistungen geeignet sind. Diese Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen.

Frau Brederlow sagte, dass man sich auch an Erfahrungen anderer Städte orientiert, etwa Magdeburg, das vor einigen Jahren die Suchtberatung ausgeschrieben hat. Dabei wird analysiert, welche Effekte und Verwerfungen damit verbunden waren. Im Geltungsbereich des FamBeFöG müssen zudem die Landesgesetze beachtet werden. Wo Bundesrecht gilt, ist eine Abwägung erforderlich, ob es möglicherweise sinnvoller wäre, wenn die Stadt die Leistung selbst erbringt. Diese Frage wird aktuell geprüft.

zu 7.3 Jahresplanung 2026, Vorlage: VIII/2026/02665

Frau Haupt informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.3 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 7.4 Sachstand der Umsetzung der Lernförder-Richtlinie im Kontext Bildung und Teilhabe (BuT), Vorlage: VIII/2026/02711

Herr Kulka informierte über den Sachstand der Umsetzung der Lernförder-Richtlinie im Kontext Bildung und Teilhabe. Die Unterlagen dazu sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Labusga bat darum, die Anzahl der Lernanbieter vor und nach der Einführung des neuen Verfahrens gegenüberzustellen.

Herr Kulka sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Frau Labusga fragte, wie lang die derzeitige Bearbeitungsdauer der Anträge ist.

Herr Kulka konnte die genaue Zahl nicht nennen. Die Frage kann im kommenden Ausschuss erneut gestellt werden, da über den aktuellen Sachstand bei Thema Bildung und

Teilhaber informiert wird. Bearbeitungsrückstände haben unterschiedliche Begründungen, zum Beispiel, weil Unterlagen unvollständig sind.

Frau Haupt sagte, dass ihr berichtet wurde, dass Eltern keine Neuanträge stellen können, da andere Stellen noch nicht bewilligt haben. Sie fragte, wie man damit umgeht.

Frau Ernst sagte, dass zwei Dinge zu unterscheiden sind. So wird versucht, zeitnah über Anträge zur Teilnahme an Klassenfahrten oder am gemeinsamen Mittagessen zu entscheiden, da diese Leistungen dringend benötigt werden. Längere Zeit nehmen dagegen noch Rückerstattungen in Anspruch, da hier häufig die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen eine Herausforderung darstellt. Die Öffentlichkeitsarbeit sollen deshalb weiter gestärkt werden. Zum Thema Neuanträge ist eine Betrachtung des Einzelfalles zu empfehlen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Frau Krause zum Cannabis-Modellprojekt

Frau Krause sagte, es gibt Unklarheiten zu den geänderten Anmerkungen in den Beschlussübersichten bezüglich der Umsetzung der Cannabis-Modellregion. In der Übersicht aus Juni 2025 hieß es noch, dass Gespräche mit vier potenziellen Bewerbern geführt wurden und medizinisch-inhaltliche Kriterien zur Vergabe mit der Universitätsklinik für Psychiatrie erarbeitet werden. Die aktuelle Übersicht aus März 2026 enthält jedoch zusätzliche Hinweise: Die Teilnahme an der Modellregion zur kontrollierten Abgabe von Cannabis wird als freiwillige Leistung dargestellt, und es wird auf eine mögliche Gesetzesänderung zur Teillegalisierung von Cannabis auf Bundesebene hingewiesen.

Zudem sagte sie, dass die Fortsetzung der Teilnahme weitere grundsätzliche Absprachen – sowohl politisch als auch fachlich – erfordert. Sie fragte, warum die Anmerkungen in den Beschlussübersichten angepasst wurden, obwohl die Teilnahme bereits von Anfang an freiwillig war. Außerdem fragte sie, wie die Gespräche mit den vier Bewerbern verlaufen sind: Gab es geeignete Kandidaten, wer wurde abgelehnt, und welche Gründe gab es für diese Bewertung und welche grundsätzlichen politischen und fachlichen Abstimmungen noch ausstehen.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.2 Herr Heinrich zum Wahlrecht für wohnungslose Menschen

Herr Heinrich bat um die Anzahl der betroffenen Personen, die bei den Kommunalwahlen 2024 und 2014 Anträge auf Eintrag in das Wählerverzeichnis gestellt haben. Außerdem bittet er um die Information, welche Wahlen bei den betroffenen Menschen von besonderem Interesse sind.

Weiterhin bat er um die Anzahl der Anträge für die Landtagswahlen Sachsen-Anhalt aus den Jahren 2011, 2016 und 2021, sowie der letzten drei Bundestagswahlen aus den Jahren 2017, 2021 und 2025.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.3 Frau Labusga zum Inklusionspreis

Frau Labusga fragte zum aktuellen Sachstand des Inklusionspreises.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.4 Frau Haupt zur Nutzung des Deutschlandtickets im Rahmen der Bezahlkarte

Frau Haupt sagte, geflüchtete Menschen, die durch das Sozialamt eine Bezahlkarte erhalten, haben uns berichtet, dass es keine Möglichkeiten für Verträge, hier Lastschriftverfahren gibt. Im Konkreten geht es um die Nutzung des Deutschlandtickets. Uns wurde mitgeteilt, dass das Ticket jeden Monat neu gekauft werden muss. Sie fragte, ob die Verwaltung diese Praxis bestätigt. Falls ja, wollte sie wissen, welche Möglichkeiten die Verwaltung hat, um hier eine Verbesserung zu schaffen und die Möglichkeit des Lastschriftverfahren einzuführen.

Frau Ernst sagte, dass die Deutsche Bahn kein Lastschriftverfahren anbietet. Monatliche Überweisungen oder Daueraufträge können über den Fachbereich Soziales eingerichtet werden. Hierzu können sich Betroffene an das Front-Office in der Südpromenade wenden.

Sie teilte mit, dass das Land auf eine Anfrage zur Evaluierung der Bezahlkarte informiert hat, dass zunächst die Einrichtung eines Länderarbeitskreises unter Beteiligung aller Bundesländer geplant ist. Dieser wird durch Unterarbeitsgruppen unterstützt, die klären sollen, wie der Arbeitskreis organisiert wird und nach welchen Kriterien die Bewertung erfolgen soll. Mit zeitnahen Ergebnissen ist nicht zu rechnen. Sobald neue Informationen vorliegen, wird darüber im Ausschuss berichtet.

zu 8.5 Frau Haupt zum Sachstand der Auszahlungen von Fördermitteln

Frau Haupt fragte zum Sachstand der Auszahlungen der Fördermittel für Vereine und freie Träger.

Frau Brederlow sagte, im Finanzausschuss wies Herr Geier darauf hin, dass zunächst der Stadtrat die Verfügung der Kommunalaufsicht akzeptieren muss. Sollte der Beschluss positiv ausfallen, wird der geänderte Haushalt am Folgetag im Sonderamtsblatt veröffentlicht. Gleichzeitig ist geplant, innerhalb der Stadtverwaltung eine neue Haushaltssperre zu erlassen und die weitere Freigabe von Mitteln zu veranlassen.

Falls der Stadtrat den Beschluss nicht fasst, bleibt es bei der vorläufigen Haushaltsführung mit 70%iger Mittelbereitstellung – zumindest für Leistungen ohne vertragliche Verpflichtungen. Bei Pflichtleistungen wurden bereits bis zu 90% der Mittel freigegeben, doch für einen Großteil der Leistungen steht die Freigabe noch aus. Hier wartet der Bürgermeister auf den Beschluss des Stadtrates.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Haupt informierte zur Anregung aus der letzten Sitzung zum Sitzungsort: Nach Rücksprache mit dem Team Ratsarbeit sind Sitzungen des Stadtrates und der dazugehörigen Ausschüsse grundsätzlich in den Räumen des Stadthauses abzuhalten. Dort kann die Vorhaltung der Technik, die Versorgungen mit Internet, vor allem zum digitalen Abrufen der Sitzungsunterlagen vor und während der Sitzung, und die Möglichkeit der Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet werden. Eine Besichtigung der

Ausstellung „tagsüber bin ich woanders (hier bin ich nur nachts)“, die noch bis zum 31.05.2026 läuft, kann außerhalb der Sitzungszeit erfolgen.

Die Öffnungszeiten sind Mittwoch bis Sonntag bis 17 Uhr. Das Stadthaus ist vom Stadtmuseum 250 m entfernt und innerhalb von 3 Minuten erreichbar. Gerne unterstützt das Team Ratsangelegenheiten beim Verteilen einer Einladung an die Mitglieder des Ausschusses für einen gemeinsamen Besuch der Ausstellung, ähnlich wie es mit der Besichtigung des Hauses der Wohnhilfe gehandhabt wurde. Abschließend sagte sie, dass der Nutzen einer Ausrichtung des SGGA im Stadtmuseum in keinem angemessenen Verhältnis zum erforderlichen Aufwand steht.

Frau Haupt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Sophia Waldowski
stellv. Protokollführerin